

**Antrag an die Bundesleitung der Gewerkschaft für Pflichtschullehrer:innen
am 4. Juli 2023**

zur Weiterleitung an die zuständigen Organe in GÖD und ÖGB:

Viele Kolleg:innen sind an den Grenzen ihrer Belastbarkeit angelangt. Es ist unsere Aufgabe als Gewerkschaft, die Probleme und Nöte unsere Kolleg:innen ernst zu nehmen und für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Das muss das oberste Ziel unserer gewerkschaftlichen Arbeit sein.

Da der Dienstgeber keine ausreichenden Maßnahmen wie Anhebung der Gehälter und spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer, z.B. durch Anstellung von ausreichendem und qualifiziertem Unterstützungspersonal setzt, fordern wir gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik im Herbst 2023.

Begründung:

Es gibt unhaltbare Zustände an Österreichs Schulen. Wenn Bildungsminister Martin Polaschek meint, „das System wird strukturell krankgejammt“, dann zeigt das seine Ahnungslosigkeit von der Schulrealität. Daher braucht es **gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen – jetzt!**

Alle wissen es, die Arbeitsbedingungen passen längst nicht mehr, die Gehälter sind zu niedrig, der Lehrkräftemangel ist hausgemacht! „Die Gehälter und Arbeitsbedingungen hätten Priorität, um die Lehrtätigkeit an Schulen weiter attraktiv zu halten“ warnte bereits vor zwölf Jahren die damalige EU-Bildungskommissarin und diese Kritik sollte doch auch der damalige Leiter der Taskforce „Lehrer:innenbildung“ Martin Polaschek vernommen haben.

Die Lehrer:innen sind nicht mehr länger bereit, die Zustände an den Schulen zu akzeptieren. Dies bewiesen über 10.000 Teilnehmer:innen am 15.6., dem österreichweiten Aktionstag Bildung. **Es braucht spürbare Entlastungen, Wertschätzung und wieder Fokussierung auf die Kernaufgaben unseres Berufs. Die Hauptaufgaben von Lehrkräften sind Unterrichts- und Erziehungsarbeit und nicht Administrationstätigkeiten.**